

Management. Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) schwebt eine Befristung auf fünf Jahre vor. Direktoren empfinden Personalführung als belastend.

Heinisch-Hosek will Schuldirektoren auf Zeit

VON JULIA NEUHAUSER

Wien. Trotz einiger Unsicherheiten im Hinblick auf die für 17. November angekündigte Bildungsreform gilt eines als fix: Die Schulen sollen selbstständiger werden und mehr Freiheiten – also Autonomie – bekommen. Das wird wohl auch Justierungen im Lehrerdienstrecht nach sich ziehen. Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) versichert nun aber, man habe sich bemüht, „nur wenige Eingriffe“ nötig zu machen. Die Schuldirektoren müssen sich aber auf Veränderungen einstellen. Ihr Job könnte mit einer Befristung versehen werden.

Schuldirektoren sollten nach Vorstellung der Ministerin „auf Zeit“, und zwar auf fünf Jahre befristet, berufen werden – auch mit der Möglichkeit einer vorzeitigen Abberufung, „wenn an der Schule gar nichts funktioniert“. Andererseits spreche natürlich nichts dagegen, kompetente Schulleiter nach Ablauf der fünf Jahre wieder zu bestellen. Das wäre eine der größten, aber nicht die einzige Veränderung, die auf Schuldirektoren zukommen würde. Denn dadurch, dass die Schulen mehr Freiheiten bekommen, wird sich ihre Rolle insgesamt verändern, sie werden an Bedeutung gewinnen. Direktoren werden neue, strategische Führungsaufgaben übernehmen und sich immer mehr Gedanken über die Entwicklung ihrer Schule und das Erreichen externer Standards machen müssen.

Ähnliche Überlegungen, wie es sie jetzt in Österreich gibt, gab es vor Jahren schon in Deutschland. Dort wurden nach den Ergebnissen der ersten PISA-Tests einige Reformen eingeleitet. Wie der Bildungsforscher Stefan Brauckmann, der an der Uni Klagenfurt tätig ist, beschreibt, gingen auch diese mit einer Veränderung der Rolle von Schulleitungen einher. Entscheidungskompetenzen, die bisher zentral in den Händen der Schulaufsicht lagen, wurden zunehmend auf die Einzelschulen übertragen, was

Schulautonomie und die Rolle der Direktoren stärkt. Schuldirektoren in Deutschland haben im Vergleich mit den USA, Großbritannien oder den Niederlanden zwar immer noch eingeschränkte Möglichkeiten zur eigenständigen Verwaltung etwa von Budgets oder Personalressourcen. Die Erwartungen an sie steigen trotzdem.

Das rückt die Schulleiter zunehmend in den Fokus der Bildungsforschung. Unter dem Titel „Schulleitungshandeln zwischen erweiterten Rechten und Pflichten“ untersuchte Brauckmann, ob und in welchem Maß Direktoren an deutschen Grundschulen und Gymnasien „vom Verwalter zum Gestalter“ wurden und wie belastend die Schulleiter das empfinden.

Bessere Vernetzung erwünscht

Brauckmann fand heraus, dass Organisationsführung und -entwicklung, Personalführung und -entwicklung wie auch die unterrichtsbezogene Führungsarbeit trotz des vergleichsweise geringen Zeitaufwands dafür als besonders belastend empfunden werden. In diese Felder investieren die Schulleiter signifikant weniger Zeit als beispielsweise in den eigenen Unterricht, das spiegelt sich aber nicht in ihrem Stressempfinden wider. Und zwar sowohl in der Grundschule als auch im Gymnasium. Dabei halten die Direktoren genau diese Tätigkeiten für extrem wichtig.

Brauckmann liefert auch Verbesserungsvorschläge: Direktoren sollten bei administrativen Aufgaben entlastet werden und ihre Führungsaufgabe teilen. Besonderes Augenmerk sollte auf die Eignung der Direktoren (viele zeigen Selbstüberforderungstendenzen) und auf ihre Ausbildung gelegt werden. Eine bessere Vernetzung zwischen den Direktoren wäre ratsam.

Ob die Ergebnisse aus Deutschland auf Österreich umlegbar sind, wird sich zeigen. Brauckmann arbeitet derzeit an einer ähnlichen Studie für Österreich.

Welche Reformen sich Eltern,

Bildung. Die Schulpartner fühlen sich bei der Bildungsreform links liegen gelassen. Sie wollen freiere Fächerauswahl, späteren Schulstart, mehr Geld und bessere Ganztagschulen.

VON JULIA NEUHAUSER UND BERNADETTE BAYRHAMMER

Von einer „Frechheit sondergleichen“, einem „skurrilen Termin“ und einer „Alibiaktion“ sprachen Schüler, Eltern und Lehrer in der vergangenen Woche nach einem Termin im Bildungsministerium. Ressortleiterin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) hatte die Schulpartner nur drei Wochen vor dem Abgabetermin der Bildungsreform am 17. November erstmals über die Bildungsreform zu sprechen.

Schüler, Eltern und Lehrer waren damit gleich doppelt unzufrieden. Nicht nur, weil die Einladung zu einem solchen Termin ihrer Meinung nach schon vor Monaten, als man sich auch noch inhaltlich in die Erarbeitung der Reform hätte einbringen können, hätte erfolgen müssen („Seit März wird verhandelt, und drei Wochen vor Schluss bequemt man sich dazu, unsere Meinung einzuholen. Das ist eine

reine Alibiaktion“, sagte der Präsident des Bundesverbands der Elternvereine an mittleren und höheren Schulen, Theodor Saverschel.) Sondern auch, weil die Ministerin beim Termin selbst nur wenig an einer weitgehenden Zusammenarbeit interessiert gewesen sei. Sie wollte nämlich keine Details zu ihren Vorhaben preisgeben.

Man habe Stillschweigen mit dem Koalitionspartner vereinbart, und daran halte man sich auch, so die Begründung. „Ich hatte den Eindruck, man hat uns nur eingeladen, damit wir uns nachher nicht beschweren, dass wir nicht eingebunden waren“, sagte Bundeschulsprecher Maximilian Gnesda.

Doch wie würde eine Bildungsreform nach Wunsch von Schülern, Lehrern und Eltern eigentlich aussehen? Was sind für sie die wichtigsten Punkte, die sich ändern müssten? Diese Frage hat „Die Presse“ nicht nur den offiziellen Vertretern der Schulpartner gestellt, sondern auch anderen Schülern, Lehrern, Direktoren und Eltern.

Den Lehrern soll mehr vertraut werden.

Die Bildungsreform sollte vor allem ein wichtiges Signal aussenden: Unsere Lehrer sind keine Hilfsarbeiter, sondern die Architekten unserer Zukunft. Deshalb sollten sie das Vertrauen bekommen, das sie verdienen. Für mich heißt das, dass es mehr pädagogische Freiheiten geben muss. Dass es derzeit mehr als 2000 Schulversuche zur alternativen Leistungsbeurteilung gibt und die Ideen der Pädagogen ständig von offizieller Seite abgenickt werden müssen, ist absurd. So etwas muss am Standort entschieden werden können. Schulen sollten außerdem die Möglichkeit haben, Schwerpunkte zu definieren. Neben Musik- und Sport-NMS sollte es

also auch Schulen mit IT- oder Naturwissenschaftsschwerpunkt geben. Zentral ist sicherlich auch die neue Lehrerausbildung. Hier wünsche ich mir mehr Kooperation zwischen Pädagogischen Hochschulen und Unis. Bei der Fort- und Weiterbildung der Lehrer sehe ich noch Luft nach oben. Diese müsste zielgerichteter sein.

Paul Kimberger, oberster Vertreter der Pflichtschullehrer

Die Schule soll mehr auf unsere Stärken achten.

Ich wünsche mir, dass in der Schule mehr auf das geschaut wird, was wir können. Man kann nicht in allem gleich gut sein – gerade deshalb sollten Lehrer mehr auf die Stärken achten. Grundsätzlich soll-



In den heimischen Schulen soll sich einiges ändern.

te Schule mehr auf die Bedürfnisse der Schüler eingehen – das fängt mit ganz kleinen Dingen an: Dass man etwa Freiräume schafft, damit Schüler über ihre Sorgen, ihren Alltag reden können. Derzeit hat man das Gefühl: Die Schule hat keine Ahnung mehr, was wir wollen und was wir brauchen. Außerdem wünsche ich mir ein eigenes Fach Politische Bildung – oder nennen wir es besser Demokratiebildung.

Raphael Niederhauser, Schulsprecher der HTL Rennweg und Mitglied von JedesKind

Kleinere Klassen würden viele Probleme lösen.

So schlecht ist das Schulsystem ja grundsätzlich nicht. Ich halte auch das Gymnasium für nicht schlecht. Zentral ist meiner Meinung nach

Polytechnische Schule: Keine Flüchtlinge

Nicht mehr schulpflichtige Flüchtlinge sollen in Kurse.

Wien. Dass jugendliche Flüchtlinge, die nicht mehr schulpflichtig sind, nicht mehr an polytechnischen Schulen aufgenommen werden dürfen, hält die Bundesjugendvertretung für „untragbar“. In der Steiermark wurden Flüchtlinge im Alter von 15 bis 18 Jahren an polytechnischen Schulen unterrichtet. Das Bildungsressort erklärte, dass das bis 1. Dezember beendet werden muss.

Außerordentliche Schüler seien an polytechnischen Schulen nicht vorgesehen. Man suche bundesweit nach „alternativen Möglichkeiten“, um den nicht mehr schulpflichtigen jungen Flüchtlingen „Basisbildung in rechtskonformem Rahmen“ – also in Projekten oder Kursen – zu geben, sagte Flüchtlingskinderbeauftragte Terezija Stoisits. Direktoren betroffener Schulen hatten in der „Kleinen Zeitung“ Unverständnis an der Position des Ministeriums geäußert. (APA/red.)

Wo Verantwortung im Lehrplan steht

Schule. Von Zivilcourage über Sozialpraktika bis zum Spirit der Schule: In der Oberstufe des Wiedner Gymnasiums in Wien liegt der Schwerpunkt seit diesem Jahr auf den Themen Gesundheit und Verantwortung.

VON BERNADETTE BAYRHAMMER

Wien. Eine Frau hilft einem Mann auf der Straße, seine vom Wind verblasenen Zettel einzusammeln. Ein junger Mann, der sie beobachtet hat, lässt später im Supermarkt eine Mutter mit Baby vor. Ein anderer Kunde sammelt zwei Kindern später am Strand ihr Spielzeug auf. Eine Radfahrerin, die das gesehen hat, hilft danach ihrer Nachbarin beim Laubrechen. Und der nächste Nachbar wischt tags darauf im Büro den Kaffee auf, den gar nicht er verschüttet hat.

„Warum zeige ich euch dieses Video?“, fragt Claudia Hochrainer die fünf Mädchen und Burschen, die in der 5A des Wiedner Gymnasiums in Wien um ein paar Tische sitzen. „Das zeigt, dass ein Einzelner viel bewirken kann und für andere als Vorbild dienen kann“, sagt Jan Anton (14). „Es kommt nicht nur auf die großen Sachen an, sondern teilweise auch auf die ganz kleinen“, sagt eine Mitschülerin. „Nur, dass zu oft nicht hingeschaut wird“, sagt die Lehrerin.

Vor dem Video der britischen Folkband Noah and the Whale

(„Give a little love“) hatte sie ein kleines Experiment gezeigt: Wer bei inszenierten Malheurs half – einem aufgeplatzten Sackerl etwa –, wurde überrascht: Die Passanten verwandelten sich in einen Chor, der ein Ständchen sang. „Das wird euer nächstes Projekt“, sagt Hochrainer. Die Schüler sollen sich solche Situationen für den Schulalltag überlegen – und dann mit den Mitschülern reden, die (nicht) helfen.

Vier Jahre an Projekt gefeilt

Verantwortung ist ab diesem Jahr Schwerpunkt der Oberstufe am Wiedner Gürtel. Nicht zuletzt, um der Schule – an die das bekannte Karl-Popper-Gymnasium für Hochbegabte angeschlossen ist – ein Profil zu verpassen. „Die Frage war, was uns von anderen Schulen unterscheidet“, sagt Lehrer Harald Neuhold. „Uns war immer wichtig, dass die Schüler verantwortungsvolle Erwachsene werden. Wir haben uns also überlegt, wie das fixer Bestandteil der Oberstufe werden kann.“

Vier Jahre lang haben Neuhold und Hochrainer in der Schulentwicklungsgruppe an der Idee gefeilt, bis im September die Pilotpha-



Verantwortung im Blick: Am Anfang geht es um die Schärfung des Begriffs. [Fabry]

se der „Akzentuierung Gesundheit und Verantwortung“ startete, wie sie offiziell heißt. Sie steht auf vier Säulen: Schwerpunkte im regulären Unterricht – Ökologie in Biologie, Altenbetreuung in Ethik –, Wahlmodule, 20 Stunden Sozialpraktikum außerhalb der Schule und die Haltung im Schulalltag, sozusagen „der Spirit der Schule“. Zum Maturazertifikat bekommen sie ein Extra-Zertifikat über den Schwerpunkt. „Unsere Gesellschaft ist keine über-

mäßig verantwortungsbewusste“, sagt Neuhold. „Wir delegieren gern Verantwortung. Das übernehmen die Kinder natürlich auch.“ Er arbeitet mit seinen Schülern – der 5B-Klasse – unter anderem heraus, wo sie schon überall Verantwortung übernehmen: für die kleineren Geschwister zum Beispiel.

Für Hochrainer geht es auch darum, dass die Schüler nicht nur den „geschützten Raum Schule“ erleben. „Sie sollen Dinge mitbekommen, die man als Gymnasiast nicht zwingend zu sehen bekommt.“ Daher sind die Schüler zum Start ausgeschieden worden, um herauszufinden, wie sich Verantwortung in verschiedenen Berufen und Institutionen zeigt – vom Gericht über die Integrationschule bis zur Caritas.

„Am Anfang geht es sehr stark um die Schärfung des Begriffs Verantwortung“, sagt Neuhold. „Es ist schwierig, Verantwortung zu definieren“, meint Viola (14) in der 5A. „Gemeint ist, dass die Erfüllung einer Aufgabe die Aufgabe ist“, versucht Anais (14) eine Definition. „Jeder kann sich unter Verantwortung etwas vorstellen, aber für jeden ist es etwas anderes.“